

Deutschland am Scheideweg

Als größte Volkswirtschaft und größter CO₂Emittent Europas muss Deutschland beweisen,
dass ambitionierte Dekarbonisierung mit sozialer
Gerechtigkeit vereinbar ist. Doch aktuelle
politische Entwicklungen wie die Verwässerung
der sektoralen Klimaziele, der geplante Bau
von 40 Gaskraftwerken, die Infragestellung der
Ausbauziele für erneuerbare Energien oder die
Kehrtwende der schwarz-roten Regierung beim
Verbot von Verbrennungsmotoren signalisieren
einen Rückschritt.

Hinzu kommen der anhaltende Stau bei dringend benötigten öffentlichenInvestitionen, der Aufstieg des klimaskeptischen Rechtspopulismus und der Widerstand einflussreicher Industrieverbände. Das Selbstverständnis Deutschlands als Klimavorreiter steht auf dem Prüfstand.

Dieser Policy Brief enthält
Empfehlungen zur Stärkung
der Rolle von Arbeitnehmern
und Gewerkschaften in der
Klimapolitik in Deutschland.
Die Empfehlungen basieren
auf den Ergebnissen
des mehrjährigen
Forschungsprojekts Just
Transitions - a Global
Exploration (Just Transitions
Aktivitäten im internationalen
Vergleich), das an der Leeds
University Business School
durchgeführt und von der
Hans-Böckler-Stiftung
finanziert wurde.

Evidenzbasis:

25 Interviews mit
Gewerkschaftsvertretern,
NGOs und Experten für
den Übergang zur NettoNull-Emissionswirtschaft
in Deutschland (geführt
zwischen Januar 2023
und Juni 2024) sowie
Sekundärforschung und
Analyse von Hunderten
von Positionspapieren,
Kommentaren zu
Gesetzesentwürfen
des Bundestages und
Pressemitteilungen.

Gewerkschaften: Wichtige Akteure des Wandels

Die Verankerung der deutschen Gewerkschaften in der korporatistischen Aushandlungskultur gewährt ihnen maßgeblichen Einfluss auf Industrie- und Klimapolitik. Sie greifen auf eine breite Palette von Instrumenten zurück, um Einfluss auszuüben, stehen jedoch in den kommenden Jahren vor wachsenden Herausforderungen:

• Einflussmöglichkeiten:

Tarifverhandlungen, Mitbestimmung (Betriebsräte, Aufsichtsgremien), politische Konsultationen und Dialogforen.

- Gewerkschaftliches Dilemma: Schutz ihrer Mitglieder mit umfassenderer sozialökologischer Verantwortung in Einklang bringen.
- Risikobranchen: Die am stärksten gewerkschaftlich organisierten Industriezweige (Energie, Stahl, Automobil, Chemie) gehören zu den größten Emittenten und sind am stärksten von Umbrüchen betroffen.

Die Aufgabe stellt sich vor dem Hintergrund eines allgemeinen wirtschaftlichen Abschwungs: 44 % der deutschen Industrieunternehmen rechnen 2025 mit einem Stellenabbau, der sich bis 2030 fortsetzen könnte. Dies unterstreicht die Dringlichkeit von Transformationsstrategien, die die Beschäftigten einbeziehen.

Aktuelle Strategie: politisch getriebene Öko-Modernisierung

Gewerkschaften verfolgen mehrheitlich eine politisch getriebene Transformation der Industrie, nicht nur als Reaktion auf den Klimawandel, sondern auch auf die Herausforderungen der Digitalisierung und des demografischen Wandels:

Kernforderungen:

- Öffentliche Investitionen in Infrastruktur und grüne Technologien.
- Öffentlich geförderte
 Qualifizierungs- und
 Umschulungsprogramme
 Kopplung öffentlicher
 Fördermittel an Tarifverträge und
 Standortsicherungszusagen .

Politische Erfolge:

Einrichtung regionaler
 Transformationsräte
 als Instrumente für
 die korporatistische
 Mitentwickung regionaler
 Transformationsstrategien
 und -konzepte. Das neue
 Qualifizierungsgeld: staatlich
 geförderte Umschulung und
 Qualifizierung im Rahmen einer
 Kurzarbeitsregelung, die an
 Tarifverträge gekoppelt ist,
 gesetzlich verankert auf Initiative
 der Gewerkschaften.

Dies sind Elemente eines pragmatischen Ansatzes gewerkschaftlicher Erneuerung innerhalb des deutschen institutionellen Rahmens. Dieser Ansatz konzentriert sich bislang jedoch stark auf die nationale Ebene und läuft Gefahr, weiterreichende globale Probleme zu ignorieren.

Herausforderung: Die globale Perspektive

Gewerkschaftliche Stellungnahmen betonen oft Solidarität mit Arbeitnehmenden weltweit, doch dies schlägt sich selten in konkreten Maßnahmen nieder. Aktuelle Strategien zur Dekarbonisierung basieren auf fortgesetzter Rohstoffgewinnung im globalen Süden, mit den bekannten Risiken:

- Ausbeuterische Arbeitsbedingungen und ökologische Schäden.
- Wirtschaftliche Abhängigkeit und technologische Ungleichheiten.
- Hindernisse für globale Klimagerechtigkeit.

Die Unterstützung des EU-Lieferkettengesetzes ist zwar ein positiver Schritt, doch müssen die Gewerkschaften möglicherweise noch weiter gehen: Sie müssen sich mit weiterreichenden Fragen des gerechten Ressourcenzugriffs und des fairen Ausgleichs auseinandersetzen und sicherstellen, dass hier getroffene Entscheidungen sich nicht anderswo negativ auswirken.

Chancen für eine stärkere Führungsrolle

Trotz der Herausforderungen gibt es auch vielversprechende Entwicklungen:

Rot-grüne Allianzen:
 Neue Bündnisse mit
 Umweltverbänden nud
 Bewegungen eröffnen
 Perspektiven für breitere

transformative Bündnisse

- 2. Fokusverschiebung im
 Denken: Interviews zeigen
 eine langsame, aber
 merkliche Hinwendung
 von Gewerkschaftern
 zu einer systemischeren
 Kritik an Wachstums- und
 Produktionsmodellen.
- 3. Soziale Rahmung der
 Klimakrise: Gewerkschaften
 ist es mit anderen Akteuren
 gelungen, die öffentliche
 Debatte über einen engen
 Fokus auf technische Lösungen
 hinaus zu erweitern.
- 4. Zunehmende Unterstützung für Umverteilung: Die erneute Debatte über Vermögensbesteuerung könnte finanziellen Spielraum für gerechtere Transformationsmaßnahmen schaffen.

Politische Empfehlungen

An die deutschen Gewerkschaften:

 Globalen Solidarität konkretisieren: Umsetzung rhetorischer Unterstützung für globale Gerechtigkeit in umsetzbare Vorschläge, Druck

- auf Arbeitgeber, Prinzipien fairer und guter Arbeit in allen Lieferketten anzuwenden.
- Allianzen ausbauen: Belastbare Bündenisse mit Akteuren der Zivilgesellschaft aufund ausbauen, um sich für mutigere und sozial verankerte Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen.
- Fördermittel an Standards knüpfen: Subventionen und Ausschreibungen sollten auf den Grundsätzen fairer und guter Arbeit basieren, verbunden mit Tarifbindung und starken Mitbestimmungsrechten.
- Förderung inklusiver Narrative:
 Klimapolitik als Einsatz für soziale
 und ökologische Gerechtigkeit
 verstehen und vermitteln.

Für die deutsche Bundesregierung und die Landesregierungen:

- Fiskalischen Spielraum erweitern: Schuldenbremse vollständig reformieren, um notwendige Investitionen zu ermöglichen. Die geplanten 500 Milliarden Euro über einen Zeitraum von zwölf Jahren reichen nicht aus, um den Anforderungen des Wandels gerecht zu werden.
- Beteiligung institutionalisieren:
 Transformationsräte ausweiten
 und Mitbestimmung stärken.
 Dies wird die Unterstützung
 der Arbeitnehmer durch
 die Demokratisierung der
 Transformationsprozesse
 erhöhen.
- Verankerung von Gerechtigkeit im Klimarecht: Verknüpfung

- der Klimapolitik mit strengen Arbeitsnormen und internationalen Fairnessklauseln. Dies trägt dazu bei, ökologische und soziale Belange auf nationaler und internationaler Ebene enger zu verknüpfen.
- Gewerkschaftliche Erneuerung fördern: Maßnahmen fördern, die Tarifbindung und Mitgliederwachstum stärken, z. B. durch die Verknüpfung von Subventionen und öffentlichen Ausschreibungen mit Tarifbindung und Beschäftigungsgarantien.

Fazit

Deutsche Gewerkschaften sind in einer einzigartigen Position, den sozial-ökologischen Wandel anzuführen – aber sie sollten über den nationalen Pragmatismus hinausgehen. Ein gerechter Übergang muss sowohl sozial inklusiv als auch global gerecht sein. Damit Deutschland wirklich zu einem globalen Vorreiter im Klimaschutz werden kann, muss die deutsche Arbeiterbewegung diese Vision verkörpern.



Dieses Projekt untersucht über 14 Länder hinweg vergleichend gewerkschaftliche Konzepte, Strategien und Maßnahmen für einen sozial gerechten Übergang (Just Transition) zur klimaneutralen Wirtschaft. Ziel ist es, Empfehlungen für den Schutz und die Stärkung von Beschäftigten und gefährdeten Gruppen im Zuge eines strukturellen Umbaus hin zur Klimaneutralität zu entwickeln. Das Projekt wird von der Hans-Böckler-Stiftung unter dem Titel "Just Transition: Aktivitäten im internationalen Vergleich" und der Fördernummer 2021-582-2 finanziert.

Contact details

Dr Felix Schulz (Author)
Lund University

✓ felix.schulz@LUCSUS.lu.se

Professor Vera Trappmann (Author, principal investigator and project lead) University of Leeds

✓ V.Trappmann@leeds.ac.uk

Professor Dennis Eversberg (Author and project lead) Goethe University Frankfurt

Eversberg@em.uni-frankfurt.de

Find out more

Visit the website (https://justtransition.leeds.ac.uk) for further information about this project, including full case study reports, podcast episodes, and articles.

Date of publication: September 2025









